

## FI-01 FLUCHT & INTEGRATION

Antragssteller\*in: Landesvorstand

Gegenstand: So schaffen wir das in NRW!

Anmerkungen

### **SO SCHAFFEN WIR DAS IN NRW!**

1 Mehr flüchtende Menschen als je zuvor erreichen zur Zeit die Bundesrepublik.  
2 Insbesondere NRW hat in diesem Jahr eine große Anzahl von Geflüchteten aufgenommen.  
3 Seit Anfang September erreichen pro Woche durchgehend mehr als 10.000 asylsuchende  
4 Menschen Nordrhein-Westfalen. Laut einem Bericht des Innenministeriums hat das Land  
5 NRW im Zeitraum vom 01.01. bis 15.10.2015 insgesamt 201.684 Flüchtlinge in seinen  
6 Einrichtungen aufgenommen. Zwar sind bei weitem nicht alle dieser Menschen in NRW  
7 geblieben. Doch angesichts der vielen Krisen, Kriege und Konflikte auf der ganzen Welt ist  
8 nicht abzusehen, wie sich diese Zahlen in den nächsten Jahren entwickeln werden.

9 Es kommen Menschen zu uns, die unfreiwillig ihre Heimat verlassen haben und nun  
10 Sicherheit und Schutz suchen. Viele von ihnen haben dafür eine lebensgefährliche Reise  
11 auf sich genommen, Freund\*innen und Familien zurückgelassen und sich immensen  
12 Risiken ausgesetzt. Wir haben die humanitäre und menschenrechtliche Verpflichtung, dafür  
13 Sorge zu tragen, dass sie bei uns in Sicherheit sind und angemessen untergebracht und  
14 versorgt werden.

15 Vor dem Hintergrund der bislang anwachsenden Flüchtlingszahlen hat die  
16 Bundesregierung die Notsituation der Länder und Kommunen ausgenutzt, um Schikanen  
17 und Verschärfungen beim Asylrecht durchzusetzen. Die Große Koalition versucht mit aller  
18 Macht, eine restriktive und auf Abschreckung ausgelegte Flüchtlingspolitik zu erzwingen.

19 Durch große Geschlossenheit haben wir GRÜNE einige der geplanten Härten verhindert  
20 und in NRW klare Absprachen mit unserem Koalitionspartner getroffen: Bei uns wird es  
21 keine Status-Verschlechterungen für die Asylsuchenden geben. Weder werden sie länger als  
22 notwendig in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben, noch werden in  
23 Landeseinrichtungen Sachleistungen anstelle von Bargeld an Geflüchtete verteilt. Auch  
24 sprechen wir uns weiterhin klar gegen sogenannte "Transitzonen" aus. Dennoch ist mit den  
25 neuen Vorhaben der Großen Koalition deutlich geworden, dass weitere Verschärfungen im  
26 Asylrecht drohen. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen. Wir verteidigen die

27 verfassungsrechtlich gebotene Einzelfallprüfung aller Asylanträge, unabhängig davon, aus  
28 welchen Herkunftsländern die Antragsstellenden kommen.

29 Ein Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen liegt in der  
30 Beschleunigung der Asylverfahren: Die Menschen müssen schnell Klarheit darüber  
31 erhalten, ob sie sich in Deutschland ein neues Leben aufbauen können oder ob sie unser  
32 Land wieder verlassen müssen. Schikanen und Einschränkungen der Menschenwürde für  
33 „nicht erwünschte“ Flüchtlinge sind mit unseren Werten nicht zu vereinbaren. Wir  
34 benennen Fluchtursachen und fordern deren politische Bekämpfung, wir bieten  
35 Geflüchteten Schutz und geben ihnen eine neue Perspektive. Weder das Grundrecht auf  
36 Asyl noch Menschlichkeit und Nächstenliebe kennen eine Obergrenze.

### 37 **EINE WELTWEITE HERAUSFORDERUNG**

38 Es ist falsch zu behaupten, dass die aktuelle Situation nicht vorhersehbar war. Weltweite  
39 Krisen, etwa der Bürgerkrieg in Syrien, dauern seit Jahren an. Es war schon länger klar, dass  
40 Menschen aus diesen Regionen auch bei uns in Europa Schutz suchen werden. Notwendige  
41 Kapazitätserhöhungen, die nun im Eilverfahren erbracht werden müssen, hätten viel früher  
42 eingeleitet werden müssen. Laut UNHCR sind weltweit zurzeit 60 Millionen Menschen auf  
43 der Flucht. Es war fahrlässig und naiv, darauf zu vertrauen, dass die Flüchtlinge unter  
44 widrigsten Bedingungen in den Nachbarstaaten ihrer Heimatländer bleiben, auch wenn sie  
45 keine Perspektive auf eine Rückkehr sehen. Denn gerade für die Nachbarländer hat die  
46 Krise enorme soziale, ökonomische und politische Auswirkungen. Trotzdem hat die  
47 internationale Gemeinschaft es nicht geschafft, die notwendigen Mittel bereit zustellen, um  
48 die betroffenen Regionen zu unterstützen.

49 Es ist Aufgabe der EU und der UNO, vor Ort gegen die Fluchtursachen vorzugehen und  
50 Hilfe zu leisten. Die Agrar-, Wirtschaftsförderungs- aber auch die Handelspolitik der  
51 Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten haben einen konkreten, negativen Effekt  
52 auf die Länder des Südens. Hier brauchen wir dringend ein Umsteuern hin zu einer Politik  
53 des fairen Handels und der globalen Gerechtigkeit, die sich an den Schwächsten weltweit  
54 orientiert. Doch gerade vor dem Hintergrund, dass sich die Situation in vielen  
55 Krisenregionen der Welt nicht entspannt und wir zeitgleich - durch unser eigenes Verhalten  
56 - auf eine globale Klimakrise zusteuern und der Verarmung ganzer Länder Vorschub  
57 leisten, dürfen wir Migration und Flucht nicht als lästige Nebenwirkung abtun, die sich  
58 irgendwann von selbst erledigen wird. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir auch in  
59 den nächsten Jahren einer großen Zahl von Menschen Schutz und Unterkunft gewähren  
60 werden.

## **SICHERE WEGE NACH EUROPA**

61

62 Die letzten Monate haben gezeigt, dass die europäische Union durch die aktuelle Krise  
63 überfordert ist. Der unsolidarische Grundsatz, dass jeder Flüchtling in dem EU-Land Asyl  
64 beantragen muss, das er zuerst erreicht, hat sich als nicht praktikabel erwiesen und  
65 beispielsweise in Griechenland zu dramatischen Situationen geführt.

66 Inzwischen ist dieses System kollabiert und faktisch außer Kraft gesetzt. Auf eine  
67 Alternative wie innereuropäische Verteilungsquoten konnten sich die Staaten bisher nicht  
68 in ausreichendem Umfang einigen, auf die akuten Probleme entlang der Balkanroute findet  
69 die EU augenscheinlich keine Antwort. Es ist beschämend, dass die Verantwortlichen in der  
70 EU hinnehmen, dass sich das Mittelmeer zu einem Massengrab entwickelt hat. Hier stehen  
71 vor allem die Mitgliedsstaaten in der Pflicht, nationale Egoismen zu Gunsten einer  
72 europäischen Lösung zurück zu stellen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat in der  
73 Vergangenheit stets Schritte zu einer solidarischen Verteilung blockiert. Die europäische  
74 Vergangenheit hat gezeigt, dass nur das Prinzip offener Grenzen zur Friedenssicherung  
75 beiträgt. Damit dies gelingen kann, müssen europaweit die Akzeptanz und die  
76 Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge wachsen. Die Verantwortung muss gerecht zwischen den  
77 Mitgliedsstaaten verteilt werden. Statt Zäunen müssen wir sichere Wege und  
78 menschenwürdige Unterbringungen schaffen.

79 Die Migration nach Europa scheint augenblicklich nicht steuerbar, sie verläuft nicht auf  
80 wunschgemäßen Routen und in abgesprochenen Bahnen, solange es nicht für alle  
81 Flüchtlingsgruppen legale Einreisemöglichkeiten gibt. Der Bau von Zäunen oder die  
82 Ausweitung von Grenzschutzmissionen können weder Ordnung schaffen noch Flucht  
83 verhindern. Völlig abwegig ist es zudem, auf sogenannte innerstaatliche Fluchtalternativen  
84 zu verweisen. Es gibt in Staaten wie Afghanistan faktisch keine dauerhaft sicheren  
85 Regionen. Solche Forderungen zeigen die völlig verquere Lageeinschätzung der  
86 Bundesregierung.

87 Das klare Bekenntnis der Bundesrepublik, in dieser Situation nicht die Grenzen zu  
88 schließen, sondern Schutz zu bieten, war richtig. Dennoch brauchen wir eine europaweite  
89 Strategie, die von Solidarität mit den Flüchtlingen und zwischen den Staaten geprägt ist.  
90 Wir brauchen ein neues Verteilungssystem, das sich neben der Größe und Wirtschaftskraft  
91 der Aufnahmestaaten auch an den Bedarfen und Interessen der Flüchtlinge ausrichtet.  
92 Zudem müssen wir sichere Wege nach Europa schaffen. So könnten im Rahmen der Arbeit  
93 des UN-Flüchtlingshilfswerkes Menschen direkt aus den Flüchtlingslagern in  
94 Krisenregionen nach Europa kommen, ohne über das Mittelmeer und den halben  
95 europäischen Kontinent reisen zu müssen. Für die Menschen, die sich bereits auf der Flucht

96 und auf dem Weg durch Europa befinden, trägt die Europäische Union gemeinsam die  
97 Verantwortung.

98 Außerdem ist es nicht hinnehmbar, dass es auch heute noch Länder in Europa gibt, die  
99 Menschenrechte missachten. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung außenpolitisch für  
100 den Abbau der Diskriminierung und den Ausbau von Minderheitenrechte in Osteuropa und  
101 in den Balkan-Staaten engagiert.

## 102 **GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT**

103 Die aktuelle Situation stellt eine Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft dar. Mit  
104 bundesweit über 600 gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlinge, Unterkünfte und engagierte  
105 Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr sehen wir uns einer verheerenden Welle  
106 rechtsextremistischer Gewalt gegenüber. Doch dieser besorgniserregenden Situation, so  
107 wie Demonstrationen von Pegida und Auftritten von AfD-Politiker\*innen und der zumindest  
108 in Umfragen wachsenden Zustimmung für die AfD, steht eine nie dagewesene  
109 Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft entgegen. Dafür möchten wir uns ausdrücklich  
110 bedanken. Das Engagement der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen kann staatliche  
111 Aufgaben aber nicht dauerhaft ersetzen oder auch nur im jetzigen Maße ergänzen. Ohne  
112 die Hilfsbereitschaft und die Unterstützung für die geflüchtete Menschen, die sich an  
113 zahlreichen Orten und Bahnhöfen offenbart hat, wäre die aktuelle Situation nicht zu  
114 bewältigen. Dieses Engagement müssen wir mehr als „nur“ anerkennen - die Helferinnen  
115 und Helfer brauchen Unterstützung. Die Politik darf sich nicht auf dem Engagement der  
116 Ehrenamtlichen ausruhen.

117 Die Hilfsbereitschaft der Menschen in NRW für Flüchtlinge ist beispielhaft. Wir müssen  
118 beständig darum ringen, dass es so bleibt. Wir GRÜNE werden bei der Bundesregierung die  
119 langfristig erforderlichen finanziellen Mittel und die Optimierung im jetzt bestehenden  
120 System einfordern. Damit das Engagement dieser Menschen weiter bestehen bleibt,  
121 brauchen auch sie Betreuung und Koordination durch staatliche Stellen. An dem Ausbau  
122 dieser Strukturen arbeiten wir auch auf Landesebene.

123 Die Landesregierung hat mit ihrem runden Tischen zur Flüchtlingspolitik verbindliche  
124 Absprachen getroffen und arbeitet eine umfangreiche Agenda nach und nach ab. Im  
125 Vergleich zu 2012 hat NRW die Mittel für diesen Bereich mehr als verzehnfacht, massiv  
126 neue Stellen vor allem im Bereich des zuständigen Innenministeriums und im  
127 Bildungsbereich geschaffen und wird den Kommunen im Jahr 2016 1,95 Milliarden Euro im  
128 Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes zur Verfügung stellen.

129 Wir befinden uns in einer Situation, die unsere Gesellschaft auf eine harte Probe stellt. Wir  
130 sind aber der festen Überzeugung, dass wir das schaffen können und werden. Deutschland

131 wird bunter werden. Von unserer Fähigkeit, Menschen aus anderen Kulturkreisen und  
132 Ländern in unserer Mitte willkommen zu heißen und zu integrieren hängt ab, ob die soziale  
133 und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als Erfolgsgeschichte fortgeschrieben  
134 wird oder ob wir überaltern, uns abschotten und den Anschluss verlieren.

135 In den letzten Jahrzehnten haben wir auf vielen Ebenen für Integration gestritten, uns für  
136 die Anerkennung von Berufsabschlüssen oder die Vielfalt und staatliche Gleichbehandlung  
137 von Religionen z.B. im Schulunterricht eingesetzt. Diesen Weg müssen wir nun, da viele  
138 Menschen zu uns kommen, konsequent weitergehen.

139 Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, dass die Ängste der  
140 Menschen ernst genommen werden und keine gefühlte Konkurrenz entsteht zwischen  
141 Geflüchteten und denjenigen, die bereits jetzt auf die sozialen Sicherungssysteme  
142 angewiesen sind oder Angst vor sozialem Abstieg haben. Gerade jetzt ist eine ambitionierte  
143 Sozialpolitik notwendig, ist Teilhabe für jede und jeden und der Zugang zu Bildung,  
144 Arbeitsmarkt, Gesundheit, Wohnraum, Kultur und Sport notwendig, damit konservative und  
145 rechte Parteien und Akteur\*innen nicht weiter sozial benachteiligte Gruppen  
146 gegeneinander ausspielen können.

147 Und auch wenn sich Flucht nicht planen lässt: Die Flucht nach Deutschland bedeutet die  
148 Flucht in eines der liberalsten, offensten und fortschrittlichsten Länder der Welt. Unsere  
149 Gesellschaft ist tolerant und respektiert individuelle Lebensstile und -entscheidungen.  
150 Diese Toleranz und dieser Respekt sind auch in Zukunft unverzichtbar für ein friedliches  
151 Zusammenleben. Wir erwarten selbstverständlich von allen, dies anzunehmen und zu  
152 leben. Ob sie nun schon hier bei uns ihre Heimat haben oder noch zu uns kommen.

## 153 **NRW BRAUCHT EINE INTEGRATIONSAGENDA**

154 Das Land NRW arbeitet an einer einvernehmlichen Lösung mit den Kommunen, um die jetzt  
155 bereitgestellten Bundesmitteln und die Zuweisungen des Landes an die Kommunen so zu  
156 gestalten, dass diese finanziell deutlich entlastet werden. Für die Unterbringung der  
157 Flüchtlinge müssen vor Ort pragmatische Lösung möglich sein. Dazu gehört der Einsatz  
158 von hochwertigen Holzbauten ebenso wie ein funktionierendes kommunales  
159 Leerstandsmanagement. Ein zentraler Punkt wird mittelfristig der Neubau von Wohnraum  
160 sein. Hier werden wir einen Weg finden, wie wir auch ohne Zersiedlungseffekte die  
161 notwendigen Wohnanlagen schaffen und funktionierende Sozialräume aufbauen. Eine  
162 besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Quartiersmanagement zu -  
163 einem Thema, das schon lange auf unserer Agenda steht und das wir nun um eine  
164 zusätzliche Perspektive erweitern müssen.

165 Die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten sicherzustellen, steht derzeit an erster  
166 Stelle und kann vielerorts nur durch provisorische Lösungen gelingen. Dennoch muss das  
167 besondere Schutzbedürfnis von Kindern, Frauen und queeren Menschen anerkannt und  
168 entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Diese Personengruppen sowie unbegleitete  
169 Minderjährige, brauchen so schnell wie möglich Rückzugsmöglichkeiten, sichere Räume  
170 und geschulte Ansprechpartner\*innen. Provisorien, die jetzt eingerichtet werden, dürfen  
171 keine Dauerlösung werden.

172 Über die Fragen der Unterbringung hinaus brauchen wir auf Landes- und auf Bundesebene  
173 eine Integrationsagenda, die es ermöglicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
174 bewahren und den Menschen, die zu uns kommen einen Weg in die Gemeinschaft zu  
175 ebnen.

176 Nordrhein-Westfalen hat eine lange Geschichte als Einwanderungsland. Wir können aus  
177 den guten wie schlechten Erfahrungen der Vergangenheit lernen und wissen, das  
178 Integration nur gemeinsam gelingt. Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Jahren  
179 kommunale Integrationszentren geschaffen und die Selbstorganisation der Migrant\*innen  
180 gestärkt. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

181 Fluchtgründe und die Flucht selbst hat viele Flüchtlinge traumatisierte. Menschen mit  
182 Posttraumatischen Belastungsstörungen brauchen Stabilisierungs- und Therapieangebote  
183 um Bildungs- und Integrationsangebote erfolgreich nutzen können. Das Land hat schon  
184 mit dem Haushalt 2015 Mittel bereit gestellt um erste Angebote bezogen auf  
185 traumatisierte Frauen über die Gewaltschutzstrukturen aufzubauen. Dies ist in vielen  
186 Kommunen gelungen. Jetzt werden Sensibilisierungs- und Qualifizierungssysteme, Peer to  
187 Peer Projekte, spezielle Angebote für Kinder entwickelt.

188 Aus grüner Sicht ist vor allem der Zugang zu Sprache und Bildung der Weg in die  
189 Gesellschaft. Viele der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind jung und haben ihr  
190 Berufsleben noch vor sich. Das Land NRW hat reagiert und die Mittel für über 3.500  
191 zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt, um Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, zur  
192 Schule zu gehen und zu lernen. Auch den schulpsychologischen Dienst haben wir gestärkt  
193 um den besonderen Anforderungen der aktuellen Situation gerecht zu werden. Der  
194 Haushaltsentwurf 2016 sieht weitere 2093 neue Lehrerstellen und 20 Stellen für  
195 Schulpsycholog\*innen vor.

196 Individuelle Förderung ist und bleibt der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit für jeden in  
197 NRW. So fördern wir zugewanderte Schüler\*innen ebenso wie alle anderen. Eine bewusste  
198 Demokratiebildung stärkt unsere Kinder und unsere Gesellschaft in der

199 Auseinandersetzung mit menschenfeindlichem Rassismus und der Abwehr von  
200 Extremismus.

201 Wir wissen, dass viele Geflüchtete nicht über eine abgeschlossenen Bildungsbiographie  
202 verfügen, auch wenn sie bereits älter als 18 Jahre sind. Diesen Menschen wollen wir den  
203 Weg in Weiterbildungsmöglichkeiten öffnen, damit auch sie ihre Schul-, Berufs oder  
204 Universitätsbildung abschließen können.

205 Einige Universitäten öffnen inzwischen ihre Tore und akzeptieren auch Asylsuchende als  
206 Gasthörer\*innen. Über diese Möglichkeit hinaus wollen wir die Voraussetzungen schaffen,  
207 begonnen Studiengänge direkt an deutschen Hochschulen fortzuführen, auch dann, wenn  
208 nach einer langen Flucht keine vollständige Dokumentation des Bildungsweges mehr  
209 vorliegt.

210 Das gleiche gilt für die Anerkennung von Berufsqualifikationen – unser duales  
211 Ausbildungssystem bietet die Voraussetzungen, um die Kompetenzen, Fähigkeiten und  
212 Fertigkeiten von Menschen einzuordnen und zu einem Abschluss zu führen, selbst dann  
213 wenn keine Zeugnisse vorliegen oder eine Ausbildung nach anderen Standards erfolgt ist,  
214 als sie bei uns Anwendung finden.

215 Eine gelungene Integration beginnt jedoch lange vor der Schulzeit und Berufsausbildung.  
216 Deshalb ist es wichtig, neben Schule und Ausbildung auch den Bereich der frühkindlichen  
217 Bildung in den Blick zu nehmen und möglichst vielen Flüchtlingskindern den Weg in die  
218 Kitas zu öffnen, ohne das die Qualität der Betreuung leidet. Wer gemeinsam aufwächst,  
219 kann später ohne Berührungsängste miteinander die Gesellschaft gestalten.

220 Dies alles wird nicht ohne weitere finanzielle Mittel gelingen. Aber diese Gelder sind gut  
221 investiert, denn von einer erfolgreichen Integration profitieren am Ende alle.

**Antragssteller\*innen:**

Landesvorstand